

**Protokoll zum Runden Tisch Koloniales Erbe  
23.03.2018, Museum für Hamburgische Geschichte**

Am 23.03.2018 tagte auf Einladung der BKM der Runde Tisch Koloniales Erbe im MHG. An der Veranstaltung haben rund 80 VertreterInnen aus Zivilgesellschaft, Kultur, Hochschulen, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Verwaltung und Politik teilgenommen. Bei der Veranstaltung wurde – zunächst in zwei Arbeitsgruppen, abschließend im Plenum – über mögliche Grundsätze und Ziele des Runden Tisches Koloniales Erbe sowie über seine mögliche Organisationsstruktur beraten. Grundlage der Diskussion waren die Ergebnisse des vorangegangenen Runden Tisches am 29.11.2017 (Protokoll vom 15.12.2017) sowie weitere vorab nach Aufruf durch eine Rundmail schriftlich eingereichte Beiträge (Rundmail vom 01.02.2018).

**1. Vorschläge für die Grundsätze und Ziele des Runden Tisches Koloniales Erbe**

Im Folgenden werden Vorschläge und Ideen für die Grundsätze und Ziele des Runden Tisches Koloniales Erbe referiert. Sie wären ggf. im weiteren Prozess auszuformulieren und für die weitere Arbeit zu konsentieren. Dabei wären auch Widersprüche und Inkongruenzen aufzulösen.

Grundsätzlich müsse die Arbeit des Runden Tisches interdisziplinär auf aktuellen und anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnissen der Kolonial- und Globalisierungsgeschichte, Post Colonial Studies und rassismuskritischen Forschung basieren sowie auf der UN Erklärung der Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz<sup>1</sup> aufbauen. Der Runde Tisch solle als zentrales impulsgebendes Instrument für die Aufarbeitung des kolonialen Erbes fungieren. Er verstehe Kolonialismus als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das sozio-ökonomisch, kulturell, mentalitätsgeschichtlich und ökologisch bis heute global nachwirke. Kolonialismus sei ein System der Ausbeutung, Gewalt und Ungleichheit, das von Rassismus durchdrungen sei, diesen hervorbringe und festige. Kolonialgeschichte sei im kritisch-reflexiven Sinne eine *shared history*, eine *geteilte Geschichte*, die in ihren globalen Verflechtungen analysiert und verstanden werden müsse. Dies vorausgesetzt könne der Runde Tisch keine offenen oder unterschwellig fremdenfeindlichen, rassistischen, anti-semitischen, sexistischen, diskriminierenden und/oder kolonialrevisionistischen Positionen tolerieren.

Aufarbeitung und Dekolonisation könnten nur mit einem Perspektivwechsel gelingen, der den bisher dominierenden Eurozentrismus der Narrative und Wissensproduktion für die bisher nicht oder kaum gehörten Stimmen der Nachfahren der ehemals Kolonisierten öffnen würde. Die Belange und Perspektiven der Schwarzen und afrikanischen Communities sowie der People of Color als Nachfahren der Kolonisierten nähmen gemäß der postkolonialen Theorie in der Aufarbeitung des Kolonialismus eine zentrale Rolle ein.

---

<sup>1</sup> Durban 2001, <http://www.un.org/depts/german/conf/ac189-12.pdf>



Am Runden Tisch sollten ehrenamtliche und hauptamtliche Teilnehmer\*innen gleichberechtigt und verbindlich zusammenarbeiten. Es gelte festzustellen, inwieweit der Runde Tisch in seiner Funktion als offenes Forum ein, wie von einigen Teilnehmenden gefordert, *safer space* sein könne, der insbesondere Schwarzen Menschen und People of Color einen geschützten Raum rassismusfreier Kommunikation bieten könne.

Hauptaufgabe des Runden Tisches sei, eine öffentliche Debatte um das koloniale Erbe anzustoßen, zu führen und zu vertiefen mit dem Ziel, darüber aufzuklären und dafür zu sensibilisieren, dass Kolonialismus bis heute in Vorstellungen, Geschichtsbildern, Rassismen und globalen Ungleichheiten und asymmetrischen Beziehungen fortwirke. Dabei gelte es, den Kolonialismus samt seiner Verbindungen zum Nationalsozialismus und seiner Auswirkungen auf die Gegenwart zu erkennen, zu verstehen und Handlungsperspektiven für seine Aufarbeitung zu entwickeln.

Konkret solle der Runde Tisch Defizite in der Aufarbeitung der Hamburger Kolonialgeschichte sammeln und thematische Arbeitsfelder benennen, Projekte vorschlagen und dabei unterstützen, Forschungsergebnisse in die breite Gesellschaft zu tragen. Der Runde Tisch solle die Kommunikation und den Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und den Museen, Ausstellungshäusern, Theatern, Stadtteilzentren, Geschichtswerkstätten und anderen Kultureinrichtungen sowie Hochschulen, Schulen, außerschulischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Wirtschaftsverbänden, Medien, Verwaltung und Politik fördern und die Institutionen und Interessensvertretungen in Belangen und Fragen der postkolonialen Aufarbeitung beraten. Darüber hinaus solle der Runde Tisch der Netzwerk-Bildung in Hamburg und darüber hinaus dienen, insbesondere mit und für migrantisch-diasporische Gruppen und Vereine, zivilgesellschaftliche Initiativen sowie Menschen der ehemals kolonisierten Herkunftsgesellschaften. Hilfreich wäre hierbei, so einige Teilnehmende, die Erstellung und Pflege einer Datenbank für Projekte, Gruppen, Institutionen und Skills sowie die Herausgabe einer Zeitschrift oder eines anderen adäquaten Mediums (Newsletter, Homepage...) für die migrantisch-diasporischen Vereine und Gruppen.

## **2. Ideen zur Organisationsstruktur des Runden Tisches Koloniales Erbe**

Wie bereits beim Runden Tisch am 29.11.2017 deutlich geworden sei, erfordere der Beteiligungsprozess zur Aufarbeitung des kolonialen Erbes aufgrund des breiten öffentlichen Interesses eine differenzierte Organisationsstruktur.

Die Teilnehmenden stimmten überein, dass die Basis des Runden Tisches ein offenes Forum sein sollte, in dem Vertreter\*innen aller interessierten Gruppen und Institutionen sowie engagierte Akteur\*innen zwei bis vier Mal im Jahr auf Einladung der BKM zusammenkommen könnten. Die Treffen im offenen Forum sollten vor allem dem Informationsaustausch über laufende und anstehende Projekte und Aktivitäten dienen, neue Themen auf die Agenda setzen und die Vernetzung der Beteiligten fördern.

Für die konkrete Bearbeitung und Koordinierung der anstehenden und laufenden Aufgaben solle ein Lenkungsgremium gebildet werden, über dessen Struktur und Besetzung noch weiter



zu beraten wäre. Vorgeschlagen wurde die Beteiligung von maximal 20 Vertreter\*innen aus Zivilgesellschaft, Institutionen und Verwaltung. Gemäß der Prämisse des Perspektivwechsels solle diese Lenkungsgruppe, so einige Teilnehmende, möglichst mehrheitlich besetzt sein mit Vertreter\*innen der Schwarzen Communities und People of Color, Vertreter\*innen zivilgesellschaftlicher Gruppen sowie zu gleichen Teilen mit weiblichen und männlichen Mitgliedern. Welche Gruppen im Einzelnen in der Lenkungsgruppe vertreten sein sollten, blieb in der Diskussion offen. Zentrale Voraussetzung für die Mitarbeit in der Lenkungsgruppe solle jedoch die individuelle Expertise in Fragen der Kolonialgeschichte, postkolonialen Theorie und Rassismuskritik sein. Die Mitglieder der Lenkungsgruppe sollten für zwei Jahre vom Senator BKM ernannt werden. Ehrenamtliche Mitglieder, so die Forderung einiger Teilnehmenden, sollten für ihre Mitarbeit eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten.

Die Lenkungsgruppe wäre ein beratendes Gremium, das Empfehlungen zu Fragestellungen und Projekten der postkolonialen Aufarbeitung und Dekolonisation abgibt. Konkret sollte die Lenkungsgruppe u. a. die Vorschläge aus dem offenen Forum aufgreifen, Arbeitsfelder benennen, Projektideen in Förderstrukturen einordnen, eine Jahresplanung erstellen, politische Gremien, Verwaltungsstellen, Institutionen sowie institutionelle und freie Projektgruppen beraten und ihnen Empfehlungen aussprechen, die Vernetzung und Kommunikation zwischen engagierten Gruppen, Institutionen und Akteur\*innen fördern, mit Vertreter\*innen der ehemals kolonisierten Herkunftsgesellschaften zusammenarbeiten, als Jury in Entscheidungsverfahren zu (post-) kolonialen Themen mitwirken, an das Plenum im offenen Forum berichten und Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Darüber hinaus sollte die Lenkungsgruppe, so die Forderung einiger Teilnehmenden, aktiv an der Entwicklung eines gesamtstädtischen postkolonialen Erinnerungs- und Aufarbeitungskonzept (inkl. Maßnahmen zur Umsetzung) beteiligt werden, das nach seiner Verabschiedung durch den Senat und die Bürgerschaft auch den Rahmen für die Arbeit der Lenkungsgruppe bilden würde.